Stand: 16.12.2025 00:23:50

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/9379

"Absenkung des Wahlalters auf 16"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/9379 vom 08.12.2015
2. Plenarprotokoll Nr. 62 vom 10.12.2015
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/11608 des VF vom 11.05.2016
4. Beschluss des Plenums 17/11899 vom 09.06.2016
5. Plenarprotokoll Nr. 75 vom 09.06.2016

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 08.12.2015 **Drucksache 17/9379**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Dr. Linus Förster, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayr, Klaus Adelt, Horst Arnold, Susann Biedefeld, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Martin Güll, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Günther Knoblauch, Dr. Herbert Kränzlein, Andreas Lotte, Ruth Müller, Kathi Petersen, Dr. Christoph Rabenstein, Doris Rauscher, Florian Ritter, Bernhard Roos, Georg Rosenthal, Harry Scheuenstuhl, Franz Schindler, Stefan Schuster, Kathrin Sonnenholzner, Diana Stachowitz, Reinhold Strobl, Arif Tasdelen, Ruth Waldmann, Angelika Weikert, Dr. Paul Wengert, Johanna Werner-Muggendorfer, Margit Wild, Herbert Woerlein, Isabell Zacharias** und **Fraktion (SPD)**

Absenkung des Wahlalters auf 16

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der eine Absenkung des Wahlalters von 18 auf 16 Jahre bei Landtags-, Bezirkstags- und Kommunalwahlen und für die Teilnahme an Bürger- und Volksentscheiden regelt.

Die Staatsregierung wird weiter aufgefordert, sich gleichzeitig im Bundesrat und bei der Bundesregierung für eine Absenkung des Wahlalters bei Bundestags- und Europawahlen von 18 auf 16 Jahren einzusetzen.

Begründung:

Jugendliche müssen die Chance erhalten, die Politik selbst mitzugestalten und sich aktiv in politische Entscheidungsprozesse einzubringen. Die direkteste Form der politischen Partizipation in einer Demokratie ist die Wahl. Ein früheres Wahlrecht ist ein klares Signal an die junge Generation, dass sie von zentralen politischen Entscheidungen nicht weiterhin ausgeschlossen wird.

Die Ergebnisse der bayerischen Jugend-Enquete-Kommission „Jungsein in Bayern“ zeigten, dass die Jugendlichen mehr politische Entscheidungskompetenzen fordern und machten deutlich, dass ein fehlendes parteipolitisches Interesse nicht mit einem grundsätzlichen, politischen Desinteresse gleichgesetzt werden kann. Zudem bestätigt die aktuelle Shell-Jugendstudie, dass das Interesse an gesellschaftlicher Teilhabe mit den Möglichkeiten an Partizipation wächst.

Weitere wissenschaftliche Studien, zuletzt die Bertelsmann-Studie „Wählen mit 16“ haben nachdrücklich bewiesen, dass eine geringe Wahlbeteiligung der Jüngeren unserer Demokratie sogar schadet. „Über Alters- und Kohorteneffekte bestimmt sie auch das Niveau der Gesamtwahlbeteiligung. Eine weiter sinkende Erstwahlbeteiligung führt langfristig zu einer weiter stark sinkenden Wahlbeteiligung“ (Ebd.). Wissenschaftliche Studien beweisen, dass sich die Erstwahlbeteiligung als ein „strategischer Hebel“ für die Gesamtwahlbeteiligung erweist: Steigt die Erstwahlbeteiligung um ein Drittel, führt das allein langfristig zu einem Wiederanstieg der Gesamtwahlbeteiligung auf etwa 80 Prozent.

Unlängst sprach sich der Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) auf seiner 29. Sitzung in Straßburg für eine entsprechende Empfehlung auf Europaebene aus, um Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, am politischen Geschehen partizipieren zu können. Auch die positiven Erfahrungen mit dem Wahlalter 16 auf kommunaler Ebene, wie etwa in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt oder Schleswig-Holstein, verdeutlichen, dass Jugendliche mit politischen Entscheidungskompetenzen auch umgehen können.

Die Entwicklungspsychologie bestätigt, dass bereits mit 12 Jahren die Altersphase beginnt, in der Jugendliche differenziert denken und urteilen können. Diese Fähigkeiten können durch angemessene Informationen unterstützt werden. Aus diesem Grund muss die Absenkung des Wahlalters durch ein differenziertes Angebot an politischer Bildung in der Schule und auch in der außerschulischen Jugendbildung ergänzt und flankiert werden.

Unsere Gesellschaft räumt den Jugendlichen bereits heute schon unterschiedliche Rechte und Pflichten in den verschiedensten Lebensbereichen ein: In vielen Bereichen sind Jugendliche unter 18 Jahren bereits (eingeschränkt) geschäftsfähig, wie etwa bei der Anwendung des Jugendstrafrechts auf über 14-Jährige oder der ab 14 Jahren geltenden Religionsmündigkeit. Auch bei wichtigen Entscheidungen hinsichtlich der Wahl der (Aus-) Bildung bzw. des ersten Berufs wird Jugendlichen bereits unter 18 Jahren ein hohes Maß an Verantwortung und überlegter Entscheidungsfin-

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

dung abverlangt. Dieselben Fähigkeiten sind beim verantwortungsvollen Umgang mit dem Wahlrecht gefordert.

Da Kinder und Jugendliche in der Politik bisher kaum über eine repräsentative Lobby zur Durchsetzung ihrer Interessen und Forderungen verfügen, d.h. keine direkten Einflussmöglichkeiten auf die Politikgestaltung besitzen, kann gerade eine Herabsetzung des Wahlalters zur einer sinnvollen Kurskorrektur der Parteipolitik und zur Aufnahme jugendspezifischer Forderungen in die Parteiprogramme führen. Es versteht sich von selbst, dass gleichzeitig die politische Bildung in den Lehrplänen der Schulen entsprechend angepasst werden muss, damit Jugendliche ihr Wahlrecht informiert ausüben können. Durch gezielte Informationen und Schulungen müssen die Schülerinnen und Schüler auf die Wahrnehmung ihres Wahlrechts vorbereitet werden.

Das ist der Ton des Landkreistages. Ich habe dessen Resolution sogar hier.

Präsidentin Barbara Stamm: Nach der Geschäftsordnung ist das, was Sie jetzt machen, eigentlich gar nicht erlaubt.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): – Gut. - Das ist der Ton des Bayerischen Landkreistages. Dies ist ganz wichtig. Es handelt sich zwar um einen Entwurf; dieser wird aber schon intensiv in den Gremien diskutiert. Wir müssen rechtzeitig dagegen vorgehen. Uns ist es zu wenig, dass Sie sagen, der Entwurf sei spannend und werde von Ihnen mitgetragen, wir würden unnötig Ängste schüren. Ich muss darüber lachen. Der Städtetag, der Landkreistag und kommunale Abfallbetriebe sagen und kritisieren genau dies. Schüren sie also auch Ängste? Schüren die Kommunen auch Ängste? Das kann ich nicht begreifen, Herr Hünnerkopf. Was Sie hier sagen, ist auch sachlich falsch. Es besteht, wie gesagt, die Gefahr, dass die Kommunen ihre Einflussmöglichkeit verlieren.

Ich bin seit 25 Jahren im Umweltausschuss des Kreistages Miltenberg. In der nächsten Kreistagssitzung am 17. Dezember steht dieses Thema auf der Tagesordnung. Am Schluss der Einladung steht: Wir bitten Sie, die vom Bayerischen Landkreistag ausgearbeitete Resolution dem Kreistag vorzulegen und zuzustimmen. Mit dieser Resolution sollen wir uns an unsere Bundes- und Landtagsabgeordneten wenden. Das werden wir im Landkreis Miltenberg am 17. Dezember beschließen. Ich habe die Anregung schon aufgenommen. Deshalb haben wir heute diesen Antrag eingebracht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: War das jetzt ein Antrag, oder was war das? Soll namentlich abgestimmt werden, nachdem von der Bedeutung dieser Anträge gesprochen wurde?

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Über unseren ja!)

– Namentliche Abstimmung zu einem bedeutenden Thema. Kolleginnen und Kollegen, da machen die Schlussworte heute große Freude, kann ich nur sagen.

Jetzt habe ich keine Wortmeldungen mehr. Dann unterbreche ich die Sitzung für 15 Minuten, weil ich keine Freude habe, jetzt die Schlussworte zu sprechen. Ich unterbreche also für 15 Minuten und rufe dann zur namentlichen Abstimmung auf.

(Unterbrechung von 13.31 bis 13.46 Uhr)

Ich bitte, die Plätze einzunehmen, damit ich in der Sitzung fortfahren kann. - Ich kann nur abstimmen lassen, wenn Sie alle Ihre Plätze wieder eingenommen haben.

Da wir die Anträge in der Abstimmung wieder trennen, lasse ich zunächst über den Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/9375 abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – FREIE WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – SPD-Fraktion. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Ich lasse nun über den Dringlichkeitsantrag der SPD auf Drucksache 17/9398 abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD-Fraktion, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – CSU-Fraktion und FREIE WÄHLER. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Antrag ebenfalls abgelehnt.

Wir kommen zur namentlichen Abstimmung zum Antrag der CSU auf Drucksache 17/9397. Die Urnen stehen bereit. Ist das Hohe Haus mit einer Verkürzung der Zeit auf drei Minuten einverstanden?

(Zurufe: Ja!)

Ich höre keinen Widerspruch. Ich bitte, nun die Stimmkarten abzugeben.

(Namentliche Abstimmung von 13.47 bis 13.50 Uhr)

Die Zeit ist um. Ich beende die Abstimmung und bitte darum, die Stimmkarten draußen auszuzählen. Das Ergebnis geben wir noch bekannt.

Jetzt möchte ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der SPD betreffend "Salmonellen-Skandal: Rückhaltlose Aufklärung und Durchsetzung des Verbraucherschutzrechts auch in Bayern!", Drucksache 17/9374, bekannt geben. Mit Ja haben 62 gestimmt. Mit Nein haben 88 gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Kolleginnen und Kollegen, die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/9376 bis 17/9380 und 17/9399 bis 17/9401 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen. Damit hat das auch seine Richtigkeit.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 11.05.2016 **Drucksache 17/11608**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Linus Förster, Inge Aures u.a. und Fraktion (SPD)
Drs. 17/**9379**

Absenkung des Wahlalters auf 16

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Horst Arnold**
Mitberichterstatter: **Andreas Lorenz**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport hat den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 48. Sitzung am 14. April 2016 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Ablehnung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 53. Sitzung am 11. Mai 2016 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Ablehnung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   Ablehnung empfohlen.

Franz Schindler
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 09.06.2016 **Drucksache** 17/**11899**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Dr. Linus Förster, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayr, Klaus Adelt, Horst Arnold, Susann Biedefeld, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Martin Güll, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Günther Knoblauch, Dr. Herbert Kränzlein, Andreas Lotte, Ruth Müller, Kathi Petersen, Dr. Christoph Rabenstein, Doris Rauscher, Florian Ritter, Bernhard Roos, Georg Rosenthal, Harry Scheuenstuhl, Franz Schindler, Stefan Schuster, Kathrin Sonnenholzner, Diana Stachowitz, Reinhold Strobl, Arif Tasdelen, Ruth Waldmann, Angelika Weikert, Dr. Paul Wengert, Johanna Werner-Muggendorfer, Margit Wild, Herbert Woerlein, Isabell Zacharias** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 17/**9379**, 17/**11608**

Absenkung des Wahlalters auf 16

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures
Abg. Claudia Stamm
Abg. Dr. Linus Förster
Abg. Andreas Lorenz
Abg. Florian Streibl
Staatssekretär Gerhard Eck

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe zur gemeinsamen Beratung die **Tagesordnungspunkte 3 und 4** auf. In die Beratung einbezogen werden die **Listennummern 3 und 4** der Anlage zur Tagesordnung.

Gesetzentwurf der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
zur Verbesserung der Beteiligung Jugendlicher an demokratischen Entscheidungsprozessen - Jugendbeteiligungsgesetz (Drs. 17/9735)
- Zweite Lesung -

und

Gesetzentwurf der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Linus Förster, Dr. Paul Wengert u. a. und Fraktion (SPD)
zur Änderung der Verfassung, des Landeswahlgesetzes und des Gemeinde- und Landkreiswahlgesetzes
Absenkung des aktiven Wahlalters auf 16 Jahre bei Wahlen, Volksbegehren, Volksentscheiden und Volksbefragungen sowie Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden (Drs. 17/9757)
- Zweite Lesung -

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Linus Förster, Inge Aures u. a. und Fraktion (SPD)
Absenkung des Wahlalters auf 16 (Drs. 17/9379)

und

Antrag der Abgeordneten Dr. Linus Förster, Franz Schindler, Horst Arnold u. a. (SPD)

Wahlalter 16 bei der Europawahl (Drs. 17/10274)

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass die SPD-Fraktion zum Dringlichkeitsantrag betreffend "Absenkung des Wahlalters auf 16" auf der Drucksache 17/9379 namentliche Abstimmung beantragt hat.

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erste Rednerin ist die Kollegin Stamm.

Claudia Stamm (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! In der Ersten Lesung zu unserem Gesetzentwurf, der zum Inhalt hat, dass Jugendliche ab dem Alter von 16 wählen können und in Bürgerversammlungen das Wort ergreifen können, wann immer sie das wollen, habe ich erzählt, dass ich sehr gerne und sehr oft Schulklassen bei mir habe und, wenn es irgendwie geht, auch zu Schulklassen gehe. Es ist tatsächlich so – –

(Unruhe)

Ich glaube, es war im Ältestenrat Thema, dass das Ratschen auf der Regierungsbank ziemlich stört, und ich fände es sehr schön, wenn man es nicht gleich am nächsten Tag wieder praktizieren würde.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich war in einer Grundschulklasse. Eigentlich bin ich zum Vorlesen gekommen. Stattdessen haben mich die Grundschülerinnen und Grundschüler zu Snowden gelöchert und gefragt, warum diejenigen, die Informationen weitergeben, bestraft werden und nicht die anderen. Sie haben mich gar nicht gehen lassen. Es war eine Dreiviertelstunde vorüber, es gingen alle Hände hoch, und es kam die nächste politische Frage. Ich muss feststellen: Je älter die Jugendlichen sind, desto weniger Enthusiasmus ist bei politischen Fragen feststellbar. Es ist zwar nicht empirisch belegt, was ich erzähle, aber es ist so. Es scheint bei der von mir besuchten Klasse so etwas wie eine natürli-

che Neugierde der Grundschülerinnen und Grundschüler an dem politischen Geschehen zu geben. Das betrifft auch das, was in diesem Landtag und der Politik passiert.

Ich möchte diese Neugierde erhalten und deswegen Möglichkeiten eröffnen, dass Kinder und Jugendliche partizipieren können. Sie sollen die Möglichkeit bekommen, bei den Bürgerversammlungen mitreden zu dürfen, und wir wollen, dass Jugendliche ab 16 wählen dürfen. Wir nehmen die Jugendlichen ernst. Nehmen Sie die Jugendlichen mit uns ernst und lassen Sie sie teilhaben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir können nicht auf der einen Seite beklagen, dass die Gesellschaft immer älter wird, dass die Gesellschaft vergreist, und auf der anderen Seite diejenigen, die diese Zukunft zu stemmen haben, nicht an den Entscheidungen teilhaben lassen. Wir müssen ihnen ein Mitspracherecht geben. Ich weiß, jetzt kommt wieder das Argument, man sei auch erst mit 18 volljährig. Es gab auch in der Historie schon einmal ein Auseinanderklaffen zwischen Volljährigkeit und Wahlalter, da war es umgekehrt.

Sie müssen wahrnehmen und erkennen, dass Kinder und Jugendliche heutzutage immer früher immer reifer werden. Das sage nicht ich als Claudia Stamm, das sagen die Entwicklungspsychologen. Nehmen Sie das endlich wahr.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es gibt die SINUS-Studie mit dem Titel: "Wie ticken Jugendliche 2016? – Lebenswelten von Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren in Deutschland". In diesem Zusammenhang kann ich Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, die Angst vor den Wählerinnen und Wählern, die da kommen, nehmen. In der Studie kommt heraus, dass die Jugendlichen sehr wohl an einem Wertekanon und an Zweierbeziehungen interessiert sind. Das ist ihre Vorstellung von Liebe. Sie sind aber gleichzeitig für Toleranz und eine kulturelle Vielfalt der Gesellschaft. Aus meiner Sicht müsste man fast schon von Neokonventionalismus reden, wenn man liest, was die Jugendlichen

als Antwort gegeben haben. Es ist nicht die revolutionäre Jugend, die zur Wahl gehen könnte, wie vielleicht auf dieser Seite des Saales befürchtet wird. Das Gegenteil ist der Fall, und deshalb frage ich Sie: Wovor haben Sie eigentlich Angst, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU?

(Beifall bei den GRÜNEN)

– Ehrlich gesagt: Ich hatte gehofft, dass wir bei der Beratung dieses wichtigen Themas auch interfraktionell und über die Fraktionen hinweg in Bayern etwas bewegen können.Ich hatte auch gehofft, dass eine Anhörung zur Jugend in Bayern dazu beitragen könnte. Nachdem die Anhörung aber auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben ist – auf jeden Fall ist immer noch kein Termin dafür anberaumt –, müssen wir jetzt die Initiative ergreifen und diesen Gesetzentwurf einbringen. Ich würde mich immer noch freuen, wenn Sie sich bewegen könnten. Es ist wichtig, und es geht gar nicht darum, ob Sie recht haben, Herr Minister Söder und Herr Ministerpräsident Seehofer, ob die CSU recht hat, ob die SPD recht hat, oder ob wir recht haben. Es geht einfach nur darum – das ist der Wert an sich –, unsere Demokratie zu stärken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es geht darum, die beste und schönste Form des Zusammenhalts, die wir kennen, zu stärken und zu bewahren. Darum geht es, aber nicht darum, wer hier im Hohen Haus recht hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Dr. Förster.

Dr. Linus Förster (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Andreas Lorenz, in Ihrer Rede bei der Ersten Lesung der Gesetzentwürfe am 2. Februar dieses Jahres haben Sie sich freundlich darüber beschwert, dass Sie sich alle zwei Jahre mit diesem Thema aus-

einandersetzen und dabei immer die gleichen Argumente hören müssen. Dazu möchte ich nur sagen: Wir bringen aktuelle Aspekte und neue Erkenntnisse, und natürlich wiederholen wir auch das eine oder andere Argument; denn diese Argumente waren nicht nur 2005, 2010 und 2012 richtig; sie sind es immer noch. Nur Sie von der CSU haben sie noch nicht verstanden.

(Beifall bei der SPD)

Aus der Erfahrung in diesem Hohen Haus weiß ich, dass es bei bestimmten Themen nicht nur gute Argumente, sondern vor allem auch Zeit, Geduld und Beharrlichkeit braucht, bis die CSU einen Antrag als gut und richtig erkennt und ihn dann, wahrscheinlich auf eigenem Fraktionspapier, einbringt. Ich hoffe aber immer noch auf Ihre Zustimmung zu den Anträgen, die wir eingebracht haben; denn es geht nicht um einen Schaukampf hier im Plenum, sondern es geht um die jungen Menschen.

(Beifall bei der SPD)

Die Absenkung des Wahlalters ist ein gesellschaftspolitisches Thema. Sie ist aber kein rein bayerisches und auch kein rein deutsches Thema. Dabei haben die meisten anderen deutschen Bundesländer schon nachgezogen. 10 von 16 Bundesländern haben die Absenkung des Wahlalters auf 16 schon vollzogen. Vorreiter war 1996 Niedersachsen unter einer SPD-Regierung. Die Absenkung des Wahlalters ist längst ein europäisches Thema. In seinem im November 2015 verabschiedeten Reformvorschlag empfiehlt das Europäische Parlament nicht nur eine Vereinheitlichung des Wahlrechts in Europa, sondern auch eine Absenkung des Wahlalters. Gleiches empfahl der Rat der Gemeinden und Regionen in Europa, RGRE, bei seiner 29. Sitzung in Straßburg. Kollege Taubeneder und ich waren bei diesem wichtigen Termin als bayerische Vertreter dabei.

Die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 ist eine Chance zur Überwindung von Politikverdrossenheit. Darum geht es. Gerade mit Blick auf die EU ist es wichtig, dies wahrzunehmen; denn leider haben radikale oder gar extremistische Auswüchse in der EU

immer mehr Zulauf. Die Bereitschaft der jungen Menschen in Europa, Parteien wie die Front National, die PiS oder bei uns die AfD zu wählen, entspringt nicht primär der Begeisterung für nationale Ideen, sondern beruht vielmehr auf der Enttäuschung junger Menschen über die etablierten Parteien, von denen sie sich nicht mehr wahrgenommen und vertreten fühlen. Das zumindest hat eine Studie der Landeszentrale für politische Bildung Bremen ergeben. Das ist eine neue Erkenntnis, dies sei extra für den Kollegen Lorenz gesagt.

Um dieser Enttäuschung entgegenzuwirken, hat die SPD ihren Antrag, das Wahlalter auch bei Europawahlen auf 16 herabzusetzen, hochgezogen, weil es ihr um die europäische Dimension geht. Auch deswegen werbe ich um Ihre Zustimmung. Vor dem Hintergrund der sozio-ökonomischen Entwicklung in den letzten Jahrzehnten und der wachsenden Politikverdrossenheit ist ein niedrigeres Wahlalter in Europa, aber natürlich auch in den einzelnen Ländern, eine Frage des öffentlichen Interesses, dem wir verpflichtet sind. Mit der Senkung des Wahlalters wären wir, die politischen Verantwortungsträger, gezwungen, uns stärker an den Interessen der jungen Menschen zu orientieren.

Seien wir doch ehrlich: Wir machen hier Politik für die Älteren und verhindern damit, dass junge Menschen an Entscheidungen beteiligt werden können, die anders ausfallen würden, als wir es uns in der Vorstufe unserer Altersfreizeit erhoffen. Die letzten Jugendstudien – die Kollegin Stamm hat einige aufgeführt, egal, ob Shell, SINUS oder die Studien der Stiftungen der politischen Parteien – haben unisono die Sicht der jungen Menschen auf die Politik wiedergegeben. Abgeordnete und Parteien wollen gewählt werden, also sehen sie vor allem die Interessen derjenigen, die ihnen die meisten Stimmen bringen; das sind heute schon die Älteren, und dieser Trend wird sich aufgrund der Bevölkerungsentwicklung in Zukunft noch deutlich verstärken.

Dies sehen nicht nur die jungen Menschen so, sondern auch ältere Forscher. Ich zitiere aus dem Abschlussbericht des Kreisverwaltungsreferats München. Danach werden Themen der Jugendpolitik aufgrund der demografischen Überalterung der Wähler-

schaft nur peripher behandelt, wodurch das Desinteresse der Jugendlichen steigt. 69 % der Jugendlichen stimmten der Aussage zu, dass sich Politiker nicht darum kümmern, was Jugendliche denken. Kein Wunder, dass hier ein gewisser Frust aufkommt.

Überlegen Sie sich einmal, welche Signale wir bayerischen Politiker hier in diesem Hohen Haus aussenden. Ich nenne nur ein Stichwort: Jugendenquete! Wir waren uns einig, dass die 2008 veröffentlichten Ergebnisse der Enquetekommission in die Praxis umgesetzt und in der 16. Legislaturperiode hinterfragt werden sollten. Acht Jahre später ist wenig passiert. Ob wir das Hearing, mit dem wir die Bedürfnisse und Wünsche junger Menschen, wie Politik aussehen soll, abfragen wollen und das wir im Sommer letzten Jahres beschlossen haben, noch vor der Sommerpause 2016 durchführen können, wage ich zu bezweifeln. Das ist das Signal, das von uns ausgeht, wie wichtig uns die Meinung der jungen Menschen in Bayern ist.

Trotzdem wollen die jungen Menschen in Bayern mitgestalten und sich vermehrt politisch engagieren. Natürlich können sie es nur im Rahmen der Möglichkeiten, die sie bei unserer Politik für sinnvoll sehen. Sie boykottieren Wahlen, unterschreiben Petitionen und nehmen auch an Demonstrationen teil. Die Identifikation mit und das Vertrauen in Parteien sind nicht vorhanden. So sehen es auch die drei Autorinnen einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung mit dem Titel "Lebensentwürfe junger Frauen und Männer in Bayern", die auch Kollegin Stamm schon erwähnt hat. Die Autorinnen leiten aus den Ergebnissen dieser Studie ebenfalls einen akuten Handlungsbedarf für die Politik ab, die ansonsten den Nerv dieser Generation nicht trifft. Wählen ab 16 wäre ein klares Signal, das wir senden könnten.

Natürlich muss die Absenkung des Wahlalters mit politischer Bildung innerhalb und außerhalb der Schulen und Jugendverbände kombiniert werden. Dadurch lässt sich dieses Ergebnis ausbauen. Das ist auch Bestandteil des Dringlichkeitsantrags auf Drucksache 17/9379. Dazu wollen wir eine namentliche Abstimmung durchführen, damit Sie auch nach außen zeigen können, wie wichtig Ihnen die Partizipation junger Menschen ist.

Die Relevanz politischer Teilhabe ist auch ein Bekenntnis zu unserem demokratischen System. Das bedeutet eine Abwehr von extremistischem und radikalem Gedankengut, das genau in dem Vakuum entstehen kann, das wir zulassen, wenn wir die jugendliche Partizipationsbereitschaft nicht in echte Teilhabe in Form von Wahlen münden lassen. Das bestätigt auch die Bertelsmann-Studie vom Dezember 2015, über die wir bereits in der Ersten Lesung der Gesetzentwürfe gesprochen haben. Kollege Lorenz, Sie kennen diese Studie. Mit Begeisterung zitieren Sie einen Part aus dieser Studie, wonach 80 % der Befragten gegen eine Absenkung des Wahlalters sind. Sie vergessen dabei aber zu erwähnen, dass dies 80 % der gesamten deutschen Bevölkerung waren. Das sind also die älteren Menschen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wie wir auch!)

– Wie auch die Mehrheit dieses Hauses! Die jungen Leute wünschen zu mehr als 50 % mehr Mitsprache. Die sollten wir ihnen auch geben.

(Beifall bei der SPD)

Junge Menschen werden in vielen Bereichen wie Erwachsene behandelt. Sie müssen Steuern zahlen. Sie können einer Beschäftigung nachgehen und haben gesetzliche Pflichten. Sie können entscheiden, welche Schulart sie wählen. Diese Argumente will ich aber schon wegen der Zeit gar nicht wiederholen. Ebenso wenig will ich die neuen entwicklungspsychologischen Erkenntnisse erwähnen. Ich könnte jetzt zwei Seiten mit Studien und Zitaten von Professoren und Instituten vorlesen, die einfach sagen: Junge Menschen sind bei uns schon ab 12, spätestens aber ab 14 sehr wohl in der Lage, entsprechende Entscheidungen zu treffen.

Auch die Ergebnisse unserer Jugend-Enquete, die Sie auf Teufel komm raus nicht behandeln wollen, haben klar nachgewiesen: Junge Menschen in Bayern wollen früher wählen. Bitte nehmen Sie doch endlich die Ergebnisse unserer eigenen Forschungen und Materialsammlungen im Landtag ernst; stimmen Sie für den Gesetzesantrag auf Absenkung des Wahlalters! Ich ende mit einem Zitat des Bayerischen Jugendrings:

> Politik interessiert sich heute zu wenig für junge Menschen – und nicht umgekehrt. Junge Menschen wollen unsere Gesellschaft mitgestalten. Und das Interesse an gesellschaftlicher Teilhabe wächst mit den Möglichkeiten, an Entscheidungen mitzuwirken.

Das ist die Wahrheit.

> (Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Lorenz.

Andreas Lorenz (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kollegen! Zunächst möchte ich mich bei Kollegen Förster dafür bedanken, dass er mich mit meinen 44 Jahren noch als jung bezeichnet hat. Herzlichen Dank für dieses Kompliment!

Ansonsten darf ich Sie aber korrigieren, Sie haben gesagt, dass wir dieses Thema im zweijährigen Rhythmus behandeln. Es ist sogar fast wesentlich häufiger; wir behandeln es etwa im jährlichen Rhythmus. Da es immer Beratungen in Erster und Zweiter Lesung gibt und die Angelegenheit in einem beratenden und einem mitberatenden Ausschuss behandelt wird, hatten wir das Thema in den letzten drei bis vier Jahren quasi im Vierteljahresturnus. Wir haben uns etwa ein Dutzend Mal über das Thema "Wahlalter 16 Jahre" unterhalten.

Sie nennen als einen der Gründe, warum Sie das Wahlalter von 16 so forcieren, dass die Jugendlichen begeistert werden sollen und partizipieren sollen. Wenn man ein Thema in den letzten drei, vier Jahren zwölfmal behandelt und keinen neuen Vorschlag bringt, begeistert mich das nicht, und es reißt mich auch nicht vom Hocker. Was Sie da leisten, ist wirklich ein Beitrag zur Langeweile, ein Beitrag zur Politikverdrossenheit. Ich würde mir wünschen, dass Sie einmal neue Ideen und ein anderes

Thema hätten, statt das gleiche Thema, wie in den letzten drei, vier Jahren in etwa zwölfmal, also immer wieder zu beraten.

(Beifall bei der CSU – Dr. Linus Förster (SPD): Eine gute Idee muss man nicht durch eine schlechte ersetzen!)

Ein witziges Argument, das Sie gebracht haben, ist die Vereinheitlichung bei der Europawahl. Ich stelle fest: Eines der 28 Länder hat das Wahlalter 16; 27 Länder haben das Wahlalter 18. Wenn Sie von einer Vereinheitlichung sprechen, frage ich mich, was sinnvoll ist.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Linus Förster (SPD))

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Andreas Lorenz (CSU): Im Anschluss bitte. – Ist es sinnvoller, dass sich 27 Länder an eines anpassen, als dass sich das eine Land an die 27 anpasst? Der Vorschlag einer Vereinheitlichung liegt also wirklich völlig daneben. Die absolute Mehrheit der europäischen Staaten – 27 von 28 – hat das Wahlalter 18.

Auch die Mehrheit der Bevölkerung – Sie haben es selbst gesagt – ist gegen das Wahlalter 16. Knapp 80 % haben nach der von Ihnen selbst zitierten Studie das Wahlalter 16 abgelehnt. Nachdem Sie immer wieder den gleichen Antrag stellen, bleibt mir nichts anderes übrig, als ihn auch immer wieder mit den gleichen Argumenten abzulehnen.

Wir sind der Meinung, dass das Wahlrecht ein wichtiges demokratisches Recht ist. Die Bürger haben da im Übrigen indirekt auch eine sehr hohe Verantwortung für die Parteien und Personen, die sie wählen und die beispielsweise in kommunalen Angelegenheiten selbst Entscheidungen treffen. Da wird über millionenschwere Bauprojekte abgestimmt. Nehmen Sie zum Beispiel die drei Tunnels am Mittleren Ring bei uns. Wenn man bei seinen eigenen Entscheidungen nicht eigenverantwortlich handelt, macht es

aus unserer Sicht keinen Sinn, bei sehr wichtigen Entscheidungen, die man für andere Personen trifft, auf das Wahlrecht zu kommen.

Das Wahlrecht ist kein minderes Recht. Jemand, der das Wahlrecht hat, soll eine gewisse Reife und eine politische Urteilsfähigkeit haben. Er muss die Verantwortung erkennen und muss bei sonstigen Handlungen und bei Rechtsgeschäften, die er tätigt, bei Verträgen, die er abschließt, usw., wenn er etwas kauft, genügend Erfahrung haben. Das Wahlrecht kann man nicht einfach als minderes Recht betrachten.

Sie haben ferner von Bürgerversammlungen und Einwohnerversammlungen gesprochen. Wir haben da halt einfach grundsätzlich ein anderes Staatsverständnis. Die Staatsgewalt geht vom Bürger aus. Sie möchten – das betrifft die GRÜNEN –, dass quasi auch Ausländer, die vor Kurzem zugezogen sind, und Minderjährige abstimmen können. Selbstverständlich können sich alle – das ist auch der Regelfall – an Bürgerversammlungen beteiligen; aber abstimmen – es geht ja hier auch um Entscheidungen – können selbstverständlich nur die Bürger.

Kurzum, uns bleibt nichts anderes übrig, als den Antrag erneut abzulehnen. Ihnen ist selbstverständlich unbenommen, ihn im Rest der Legislaturperiode im jährlichen Turnus erneut zu stellen. Spannender wird das Thema dadurch nicht. Ich hoffe einfach auf Ihre Einsichtsfähigkeit und darauf, dass das Thema nicht im Vierteljahresrhythmus wieder behandelt wird.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Streibl.

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Zuerst eine kleine Kritik an Ihnen, Herr Lorenz: Langweilig ist das Thema nicht; denn das Thema ist wichtig, und es ist auch gut, dass wir darüber immer wieder in regelmäßigem Rhythmus sprechen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der GRÜNEN)

Denn es geht letztlich darum, wie Frau Stamm sagte, die Demokratie zu stärken und das Bewusstsein für die Demokratie so anzuheben, dass den Bürgerinnen und Bürgern wieder stärker bewusst wird, dass sie diejenigen sind, die die Republik gestalten. Das ist im Grunde das, was dahintersteht, und darum geht es hier.

Nur ist die Frage, ob wir dadurch, dass wir das Wahlalter auf 16 senken, schon den Schlüssel gegen Politikerverdrossenheit und Wahlmüdigkeit gefunden haben. Ich bezweifle das; denn es geht hier schon auch um die politische Teilhabe. Aber es muss noch mehr dahinter stehen. Im Grunde muss viel mehr in die politische Bildung und auch in die politische Erwachsenenbildung investiert werden. Es muss mehr Sozialkundeunterricht an den Schulen geben. Eine Stunde pro Woche ist viel zu wenig, um das Bewusstsein dafür zu wecken, was der Staat oder was Demokratie bedeutet. Das geschieht im Grunde viel zu wenig, und hier muss mehr gemacht werden.

Das gilt auch für das ganze Thema der Bürgerbeteiligung. Wir müssen die Bürger viel mehr an politischen Prozessen und Entscheidungen beteiligen. Da sind wir bei der Bürgerinformation. Die Bürger müssen besser und ausreichender informiert werden. Wir bräuchten ein Informationsfreiheitsgesetz, das den Zugang zu den Informationen regelt. Das sind alles Instrumente, die eingesetzt werden müssen.

Ein weiteres Thema ist ganz wichtig, und da müssen wir uns selber an die Nase fassen; denn es betrifft uns. Wir als Politiker müssen wieder anfangen, unsere eigenen Überzeugungen zu leben und darzustellen, statt nach vermeintlichen Mehrheiten zu schielen und frühere Überzeugungen tagtäglich immer wieder über den Haufen zu werfen. Das geht nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der GRÜNEN)

Dadurch kommt es zu Politikerverdrossenheit. Wir brauchen wieder politische Charaktere. Wir brauchen wieder Köpfe, die ihre Überzeugung leben, an denen sich die Mei-

nung der anderen reiben kann und mit denen man sich auseinandersetzen kann. Wir brauchen keine Ballone, in die man stechen kann und die nachher anders aussehen. Das geht nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wenn wir über das Wahlrecht sprechen, ist unsere Meinung: Eine Absenkung auf 16 Jahre ist zu wenig. Man müsste da einmal fragen, ob man an die Volljährigkeit herangeht. Das Auseinanderklaffen von Volljährigkeit und Wahlrecht ist eigentlich ein Systembruch; denn ich kann nicht sagen: Man darf wählen, aber keinen Vertrag abschließen; man darf keinen Mietvertrag und keinen Kaufvertrag abschließen. Er ist schwebend unwirksam, bis er von den Erziehungsberechtigten genehmigt wird. Eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre wäre in der Folge eher ein Abwerten des Wahlrechts, wenn man nicht auch das Zivilrecht anpasst. Von daher müsste man, wenn wir ein Wahlalter von 16 Jahren wollen, darüber nachdenken, das Volljährigkeitsalter von 18 auf 16 Jahre zu senken;denn wer wählen kann, soll eigentlich auch alle anderen Rechte und Pflichten haben.

Eventuell könnte man das Wahlrecht generell angehen und überlegen, was es bedeutete, wenn wir sagten, Wahlrecht für alle. Das bedeutete dann zum Beispiel auch ein höchstpersönliches Elternwahlrecht, bei dem die Eltern für ihre Kinder wählen könnten. Das wäre ein anderer Schritt.

All diese Überlegungen sollte man anstellen, wenn man diesen Schritt gehen will. Solche Überlegungen sind hier im Hohen Hause aber nicht angestellt worden. Deshalb ist unsere Fraktion skeptisch. Wir könnten uns eine Absenkung des Wahlalters im kommunalen Bereich vorstellen. Aber im Grunde sollte man, wenn überhaupt, etwas aus einem Guss machen und überlegen, wie man unsere Bürgerinnen und Bürger wieder stärker für unsere Demokratie begeistern kann.

Das Absenken des Wahlalters bei Jugendlichen auf 16 oder das Absenken der Volljährigkeit auf 16 Jahre halte ich für kritisch. Ich warne davor. Wir neigen dazu, unsere

Jugendlichen immer früher in die Verantwortung zu drängen und sie immer früher Entscheidungen treffen zu lassen, die das Leben unter Umständen schon sehr früh prägen, da damit Wege festgeschrieben werden. Meine Damen und Herren, die Jugend sollte die Zeit sein, in der man sorglos und weltoffen ins Leben hineingehen und seinen Lebensweg noch wertfrei suchen kann. Diese Chance sollten wir unserer Jugend lassen.

Deshalb mein Appell: Lasst der Jugend die Jugend, macht sie nicht vorzeitig zu Erwachsenen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Vielen Dank, Herr Kollege. – Als Nächster hat Herr Staatssekretär Eck das Wort.

Staatssekretär Gerhard Eck (Innenministerium): Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Nur einige kurze Anmerkungen: Frau Stamm, wir haben keine Angst. Das möchte ich zunächst einmal feststellen.

(Claudia Stamm (GRÜNE): Klingt aber so!)

Sie haben das zum Ausdruck gebracht, und ich widerspreche Ihnen. Wir haben keine Angst. Wir wollen eine funktionierende Demokratie, und ob ein Thema langweilig ist oder nicht, will ich nicht werten. Wenn alte Platten immer wieder aufgelegt werden, können sie zwar interessant sein, aber möglicherweise werden sie für den einen oder anderen doch langweilig. Ich kritisiere, dass Sie keine neuen Erkenntnisse haben einfließen lassen, als Sie das Thema erneut diskutieren wollten. Ich habe schlicht und ergreifend vermisst, dass Sie die Bertelsmann-Studie erwähnten. Nach dieser Studie sind 79 % der Deutschen für die Beibehaltung des geltenden Wahlalters.

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Stamm (GRÜNE))

– Jetzt rede ich. Sie haben anschließend die Möglichkeit, Ergänzungen zu bringen.

79 % der Deutschen wollen die Beibehaltung des geltenden Wahlalters. Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch Folgendes sollte bei einer solchen Diskussion unbedingt angesprochen werden. In drei Ländern, nämlich Hamburg, Bremen und Brandenburg, ist das Wahlrecht auf 16 Jahre abgesenkt worden. Das muss man nun aber auch analysieren. Man hat festgestellt, dass die Wahlbeteiligung gerade in diesen Ländern wesentlich unterdurchschnittlich ist. Sie haben vorhin genau das Gegenteil behauptet. Sie sprachen davon, viel Enthusiasmus und Energie genau in diesem Lebensbereich zu verspüren. Das ist nicht so.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Staatssekretär Gerhard Eck (Innenministerium): Nein. – Für uns ist das Wahlrecht unabdingbar mit der Volljährigkeit verbunden. Eine plausiblere Grundvoraussetzung gibt es für uns nicht.

Nicht alles kann ich unterstreichen, aber wenn was richtig angedacht wurde, wie es beim Kollegen Streibl der Fall war, dann will ich das sehr gerne tun. Gerade der letzte Satz, dass man die Jugend nicht einfach mit einer Emotion, vielleicht auch aus wahltaktischen Gründen in Zwänge hineinbringen soll, sollte berücksichtigt werden.

Last but not least als letzter Punkt: Liebe Frau Stamm, Sie haben das Rederecht der Jugendlichen, das heißt aller Bürgerinnen und Bürger angesprochen. Dazu gibt es bereits einen Landtagsbeschluss, der Ihnen möglicherweise durch die Lappen gegangen ist. Nun wird von Ihnen einfach so ein Entwurf vorgelegt, der die rechtlichen Voraussetzungen schaffen soll, dass alle Bürgerinnen und Bürger – egal welchen Alters – das Rederecht bei Bürgerversammlungen auf kommunaler Ebene erhalten.

Wir haben dieses Anliegen bereits aufgegriffen, und das ist nicht mit Angst belegt; es ist vielmehr eine verantwortungsbewusst organisierte demokratische Staatsform. In diesem Sinne bitte ich die vorliegenden Anträge und Gesetzentwürfe abzulehnen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte, Herr Staatssekretär, bleiben Sie am Rednerpult. Wir haben noch eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Förster.

Dr. Linus Förster (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Staatssekretär, Sie haben erwähnt – es sind übrigens 10 von 16 Bundesländern, die die Absenkung des Wahlalters eingeführt haben –, dass keine euphorische Stimmung bei den Erstwählern erzielt worden sei. Das gebe ich zu. Das sagen alle vorliegenden Forschungsergebnisse. Aber eine daraus folgende wesentliche Steigerung ist bei denjenigen, die ein zweites Mal wählen gehen, durchaus festzustellen. Es ist wissenschaftlich untermauert, dass man durch einen früheren Einstieg in die politische Auseinandersetzung, also in das Recht zu wählen, bereits früher einen intensiveren Kontakt zur Politik hat und sich dadurch aktiver und weitgehender mit der Politik beschäftigt. Ist Ihnen das Ergebnis dieser aktuellen Studie bewusst?

Staatssekretär Gerhard Eck (Innenministerium): Lassen Sie mir bitte diese Studie zukommen; ich werde mich damit beschäftigen. Wenn Sie dann die 18. Auflage Ihres Antrags hier einbringen, werde ich darüber berichten.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte bleiben Sie weiterhin am Rednerpult, Herr Staatssekretär. Wir haben eine weitere Zwischenbemerkung der Kollegin Stamm.

Claudia Stamm (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Staatsekretär, Ihre letzte polemische Bemerkung hat Sie wirklich so was von disqualifiziert.

(Beifall bei den GRÜNEN – Widerspruch bei der CSU)

Es ist uns ein wichtiges und wirklich grundlegendes Anliegen, die Demokratie zu stärken. Wenn Sie glauben, uns sagen zu müssen, wie das Instrument auszusehen hat, um dahin zu kommen, dann finde ich das schon etwas merkwürdig. – Abgesehen davon war es möglicherweise auf der Regierungsbank zu unruhig. Vielleicht gab es

dort zu viel Geratsche. Vielleicht hat es Sie gestört, dass der Ministerpräsident und der Finanzminister öffentlich zeigen mussten, dass sie wieder miteinander reden. – Der Kollege Linus Förster hat genau die von Ihnen angesprochene Studie der Bertelsmann-Stiftung ausführlich erwähnt.

(Staatssekretär Gerhard Eck: Die neueste …!)

– Danke, dass ich reden darf. Er hat auch gesagt, dass ungefähr 80 % der gesamten deutschen Bevölkerung die Absenkung ablehnen. Wenn man allerdings in das untere Alterssegment schaut, sieht es genau anders aus. Da gibt es über 50 % Zustimmung.

Im Übrigen habe ich auch eine Studie erwähnt. Wenn Sie vielleicht noch weitere Erkenntnisse haben, freue ich mich, darüber zu hören. Nichtsdestoweniger haben wir durchaus in der Debatte neue Argumente eingebracht. Ich wollte Sie einfach noch einmal bitten, nicht mit der alten Leier zu kommen, es gebe nichts Neues. Es ist nun einmal so: Wenn uns ein Anliegen wichtig ist, wird es immer mit der Forderung begleitet, dass wir in der Schule mehr politische Bildung brauchen. Das ist doch selbstverständlich; denn von alleine kommt das nicht. Dann ist es eben genau unser Vorstoß zu fordern: Jugendliche endlich ernst nehmen und partizipieren lassen! Ich hätte mich gefreut, wenn andere Argumente von Ihrer Seite gekommen wären.

(Beifall bei den GRÜNEN – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Staatssekretär Gerhard Eck (Innenministerium): Liebe Frau Kollegin Stamm, ich hätte mich gefreut, wenn sich Ihre Zwischenbemerkung an dieser Stelle auf die Sache konzentriert hätte und nicht einfach polemisches Gesäusel in Bezug auf Lärm von der Regierungsbank gewesen wäre.

(Beifall bei der CSU – Lachen bei den GRÜNEN)

Was Sie jetzt aus Studien zitiert haben, waren die Dinge, die gerade in Ihren Antrag passen. Zahlen von 79 % habe ich jedenfalls nicht vernommen.

(Claudia Stamm (GRÜNE): Ich sprach von 80 %!)

Wenn diese Zahlen genannt worden sind, bitte ich das zu entschuldigen. Ich habe sie auf jeden Fall nicht gehört.

(Claudia Stamm (GRÜNE): Sie haben nicht zugehört!)

Sie müssen einfach zur Kenntnis nehmen: 79 % der Deutschen – das liegt mir schriftlich vor – sind der Meinung, dass die Beibehaltung des jetzigen Wahlalters richtig ist. Das können Sie mit noch so vielen Anträgen nicht ausräumen. Machen Sie neue Umfragen, dann können wir das ganze Thema neu beleuchten. Ich meine, es ist in Ordnung, neu zu diskutieren, wenn man neue Erkenntnisse hat. Aber auf der Grundlage des letzten Kenntnisstandes, nach dem sich seit den letzten Diskussionen nichts geändert hat, bitte ich darum, die Anträge und Gesetzentwürfe abzulehnen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Tagesordnungspunkte wieder getrennt.

Ich lasse zunächst über den Initiativgesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/9735 abstimmen. Der federführende Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen empfiehlt die Ablehnung des Gesetzentwurfs. Wer dagegen dem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Gesetzentwurf abgelehnt.

Jetzt folgt die Abstimmung über den Initiativgesetzentwurf der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/9757. Der federführende Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen empfiehlt auch hier die Ablehnung des Gesetzentwurfs. Wer dagegen

dem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine. Der Gesetzentwurf ist ebenfalls abgelehnt.

Jetzt lasse ich in einfacher Form über den Antrag der Abgeordneten Dr. Förster, Schindler, Arnold und andere und Fraktion (SPD) betreffend "Wahlalter 16 bei der Europawahl" auf Drucksache 17/10274 abstimmen. Der federführende Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Es folgt jetzt die namentliche Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Rinderspacher, Dr. Förster, Aures und andere und Fraktion (SPD) betreffend "Absenkung des Wahlalters auf 16", Drucksache 17/9379. Der federführende Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Die Urnen stehen bereit. Ich eröffne die Stimmabgabe Hierfür stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 11.22 bis 11.27 Uhr)

Noch eine Minute. – Die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Wir zählen außerhalb des Plenarsaals aus und geben das Ergebnis später bekannt.

(...)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich gebe noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung des Dringlichkeitsantrages der Abgeordneten Rinderspacher, Dr. Förster, Aures und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Absenkung des Wahlalters auf 16",

Drucksache 17/9379, bekannt: Mit Ja haben 41 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 93, eine Stimmenthaltung. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 09.06.2016 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Linus Förster, Inge Aures u. a. und Fraktion SPD; Absenkung des Wahlalters auf 16 (Drucksache 17/9379)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus			
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert		X	
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter			
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bause Margarete			
Beißwenger Eric		X	
Dr. **Bernhard** Otmar		X	
Biedefeld Susann			
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von **Brunn** Florian	X		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin			
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. **Dürr** Sepp			
Eck Gerhard		X	
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg			
Fackler Wolfgang		X	
Dr. **Fahn** Hans Jürgen			X
Fehlner Martina			
Felbinger Günther		X	
Flierl Alexander		X	
Dr. **Förster** Linus	X		
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus			
Prof. Dr. **Gantzer** Peter Paul	X		
Gehring Thomas	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten		X	
Dr. **Goppel** Thomas			
Gote Ulrike			
Gottstein Eva			
Güll Martin			
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Häusler Johann		X	
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig			
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. **Herz** Leopold		X	
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. **Hopp** Gerhard			
Huber Erwin		X	
Dr. **Huber** Marcel		X	
Dr. **Huber** Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. **Hünnerkopf** Otto		X	
Huml Melanie			
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander			
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. **Kränzlein** Herbert	X		
Kraus Nikolaus		X	
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich			
Freiherr von **Lerchenfeld** Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas			
Dr. **Magerl** Christian	X		
Dr. **Merk** Beate		X	
Meyer Peter			
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia			
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander			
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. **Piazolo** Michael			
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. **Rabenstein** Christoph			
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. **Reichhart** Hans		X	
Reiß Tobias			
Dr. **Rieger** Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi		X	
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin			
Schorer Angelika			
Schorer-Dremel Tanja		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Dr. **Schwartz** Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Dr. **Söder** Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara			
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. **Strohmayr** Simone			
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Unterländer Joachim		X	
Dr. **Vetter** Karl		X	
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth			
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika			
Dr. **Wengert** Paul			
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Gesamtsumme	41	93	1